Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 299 | Samstag, den 27. Oktober | Jahrgang 1928

Ein Manifest der Bolschewisten.

An die Mitglieder der kommunistischen Partei und darüber hinaus an die gesamte Arbeiterschaft Sowjetrußlands ist kürzlich ein Aufruf gerichtet worden. Wie ein Scheinwerfer beleuchtet er die kritische Situation des russischen Staatswesens.

Der Aufruf beginnt mit einer Schilderung all des Schönen und Großen, das man mit und für die Arbeiterklasse erreichen wollte und erinnert lebhaft an die Aufrufe der Sozialisten zu einer Zeit, da es noch weit war bis zur Herrschaft des Proletariats. Die Enttäuschung der Arbeiterschaft scheint nun schwere Sorgen der Regierenden heraufzubeschwören, denn nach dem Idealgemälde des fleißigen und reichen Arbeiterstaates folgt eine Aufzählung aller jener Mächte, die angeblich die russische Arbeiterschaft von ihrem Wege zum Glück abdrängen wollen: Das internationale Kapital, die Großbauernschaft, gewisse Schichten der Spezialisten, das seien die Feinde des Zukunftsstaates, ferner der Bürokratismus, das Durcheinander im Verwaltungsapparat, der angeblich noch vom alten System stammt, die Unfähigkeit der Verwaltung der neuen Herren. Ganze Gebiete der Verwaltung seien faul, eingerostet oder in Zersetzung begriffen. Die Zersetzung hätte Eingang auch in die Berufsverbände gefunden; den Sowjetbeamten wird Verschwendungssucht, Trunksucht und Gleichgültigkeit gegen die Nöte der Massen vorgeworfen. Ueberall herrsche Schlamperei, Grobheit oder Gleichgültigkeit. Mit einem solchen Apparat sei es unmöglich, den Kampf gegen die inneren Feinde zu führen, den Schädlingen beizukommen und an der Wirtschaft und Kulturfront Fortschritte zu erzielen. Wörtlich heißt es: „Die Aufgabe der Wiederaufbau-Periode (es heißt schon nicht mehr Aufbau-Periode) könne nicht erfüllt werden ohne wagemutige und entschiedene Einbeziehung der Masse, Aufsicht und Kontrolle von seiten der Millionen über den Apparat." Es gelte einen rücksichtslosen Feldzug gegen den inneren Feind zu führen, ohne Ansehen der Person solle vorgegangen werden, Kritik von unten nach oben und von oben nach unten sei die Losung des Tages. Es sei deshalb Aufgabe der Partei, die Demokratie und der Demokratie, die Berufsgenossenschaften hochzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß die Auswechselung der allzu fest eingesessenen Parteibeamten reibungsloser vor sich gehen könne. Bisher seien alle diesbezüglichen Maßnahmen auf dem Papier geblieben. Und weiter heißt es: „Außer diesem Wege besitzen wir keine Garantien dafür, daß sich nicht die Zufälle wiederholen, wie wir sie im Donezgebiet erlebten und in vielen anderen Städten." Parteiaufgabe sei es, die innere Kritik zu erleichtern, die Wählbarkeit der Partei-Instanzen sicherzustellen, scharfe Parteistrafen einzuführen und verantwortliche Parteimitglieder unnachsichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Die Zellenbildung müsse nicht nur in der Fabrik und Werkstatt, sondern auch in den Arbeiterquartieren und Wohnräumen, in den Speisehäusern und Klubs durchgesetzt werden. In gleichem Atem wird auch die Beseitigung einer einem Genossen nicht wohl anstehenden Polemik im Verkehr mit dem Nächsten verlangt. Der Kommunismus müsse mehr Berührung und Einfluß im Volk bekommen. Den Berufsgenossenschaften wird nahegelegt, für ihren demokratischen Aufbau Sorge zu tragen und für entsprechende Neuwahlen besorgt zu sein. Sie sollten eine Schule des Kommunismus sein. Kontrollkommissionen müßten alle Zweige der Produktion und des Verkehrswesens erfassen. Endlich sei der Heranziehung neuer Arbeiter in dem Produktionsprozeß an führender Stellung der Weg zu ebnen. Die vorhandenen Lücken an gelernten Arbeitern, Spezialisten und kommunaler Intelligenz seien auszufüllen.

Der Aufruf ist nichts anderes als ein Hilferuf, der sich freilich nicht an die richtige Adresse wendet, denn die russische Arbeiterschaft kann auch mit der entsagungsvollsten Arbeit nicht jene Fehlerquellen zudecken, die dem ganzen System angehören. Der Donezprozeß zeigte nur allzu deutlich, daß es der sozialistischen Regierung nicht gelungen ist und nicht gelingt, ohne Systemwechsel ihre großen wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Interessant ist es, daß die Bemerkung „ohne Ansehen der Person" dadurch ihre bezeichnende Bedeutung erhält, daß tatsächlich bis in die höchsten Kreise der Spezialisten hinein das herrschende Wirtschaftssystem seine verheerenden Folgen ausgeübt hat Die Verletzung der Vernunft und Moral durch den Bolschewismus rächt sich jetzt furchtbar. Keiner fühlt sich im Gewissen verpflichtet. Jeder sieht, wie er zu Geld kommt und die Parteifanatiker können im besten Falle nur das allgemeine Mißtrauen verschärfen und den Produktionsprozeß aufhalten.

Eine andere Schwierigkeit ist noch hinzugekommen, um der Leitung der kommunistischen Partei den „SOS-Ruf" abzuzwingen. Nach den laufenden Mitteilungen der russischen Presse sind die Ablieferungen von Getreide im letzten Vierteljahr derartig zurückgegangen, daß schwere Störungen des Ernährungswesens vorauszusehen sind. Man wird selbstverständlich die gegenwärtigen Stellungen solange zu halten versuchen, als irgendwie möglich ist, aber die offene Behandlung der Mißstände, die gleichsam eine Entschuldigung gegenüber der Arbeiterschaft darstellen, legt die Vermutung nahe, als ob irgendwelche einschneidende Aenderungen, deren Initiative die Regierung in der Hand behalten möchte, zu erwarten seien.

Der ganzen Frage letzter Hintergrund beruht aber auf dem moralischen Gebiet im Anschluß an andere Prozesse, namentlich an solche gegen Sexualverbrecher und im Hinblick auf die zahlreichen Selbstmorde in Städten und Provinz geht zurzeit durch die russische Presse ein Ruf nach mehr Moral.

Das Thälmann-Durcheinander.

Das Moskauer Diktat an die deutschen Kommunisten, wonach sie Thälmann, obwohl er der Mitwisserschaft an den Hamburger Unterschlagungen überführt war, wieder als ihren Parteiführer annehmen, hat nun doch zu einer Revolte geführt. In Leipzig haben die Kommunisten dieser Tage eine Entschließung gefaßt, in welcher es unter anderem heißt, daß „der Moskauer Beschluß im Falle Thälmann und das Einsetzen Thälmanns in seine alten Funktionen eine Lähmung der Partei im Kampfe gegen Korruption und Cliquenwirtschaft bedeute.

Inzwischen geht das Absägen in den kommunistischen deutschen Organen seinen Gang. Zahlreiche bisher führende Persönlichkeiten sind abgesetzt worden, namentlich hat man auch in den Redaktionen der kommunistischen Blätter gründlich ausgekehrt. Jetzt ist sogar ein Direktorium eingesetzt worden, das die Aufgabe hat, künftighin Beschlüsse gegen Thälmann zu verhindern! Eine ganze Reihe deutscher Kommunisten wurde nach Moskau verbannt. Heckert und Eberlein sind schon drüben, und zwar Heckert als Vertreter der Thälmann-Fraktion, Eberlein, weil er sich erlaubte, das Material in Hamburg gegen Thälmann aktenmäßig zu sammeln. Gerhardt und Ewert, die Führer der „Versöhnler", haben den Parteibefehl, am 28. Oktober nach Moskau abzufahren. Außerdem sind hinüberbefohlen Merker, Ulbricht, Dengel, Schneller. Warum sei nicht ganz ersichtlich, denn gerade sie galten bisher als Thälmann-Leute.

Zu all den parteipolitischen Betriebsumfällen haben nun die Kommunisten auch noch die in diesem Ausmaße garnicht einmal erwartete fürchterliche Niederlage in Sachen des Volksbegehrens erhalten und man wird gespannt sein müssen, welches Donnerwetter nunmehr aus Moskau aus auf die deutschen Kommunisten niederhageln wird.

*

Noch ein kommunistischer Abgeordneter seiner Parteiämter enthoben.

:": **Darmstadt**, 25. Okt. Der kommunistische Abgeordnete des hessischen Landtages Galm-Offenbach ist nach Meldungen der kommunistischen Presse vorläufig seiner Funktionen enthoben worden. Galm hat zusammen mit dem Kommunisten Hausen-Breslau eine Erklärung gegen die KPD verbreitet. Die Erklärung hat zu der vorläufigen Enthebung von seinen Aemtern geführt.

Schweres Unglück des Simplon-Orient-Expreß in Rumänien.

Viele Tote und Verletzte.

• **Bukarest**, 26. Oktober.

In der Nacht zum Freitag ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke Bukarest—Crajova ein furchtbares Eisenbahnunglück. Der am Abend aus Bukarest abgehende Simplon-Orient-Expreß stieß bei Retschia auf einen Personenzug auf. Da beide Züge mit voller Geschwindigkeit fuhren, war der Anprall furchtbar. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird von einer auf über 100 von anderer Seite auf 50 geschätzt; 25 Verwundete wurden in das Krankenhaus von Slatina überführt. Am meisten litt der Schlafwagen Bukarest—Paris, der vollständig zertrümmert wurde. Die darin befindlichen Insassen sind alle tot, darunter auch der Direktor der Bukarester Vertretung der Fordkraftwagengesellschaft, der italienische Ingenieur Roccaz mit Frau und Tochter; Bischof Trigon entging wie durch ein Wunder dem Tode. Von den weiteren Insassen des Wagens vermißt man von bekannten Persönlichkeiten den rumänischen Militärattaché in Paris Tataranu und den französischen Journalisten Lacotte. Nach den eingetroffenen Berichten zeigt die Unglücksstätte ein wüstes Bild der Zerstörung. Sanitätsmannschaften und Hilfszüge wurden herangezogen. Doch konnten trotz anstrengender Arbeit noch nicht alle Toten und Verletzten unter den Waggons herausgezogen werden. Mehrere Wagen sind vollständig zertrümmert. Die Eisenbahnstrecke ist 150 Meter lang unfahrbar geworden, sodaß die nachkommenden Züge nur mit großer Verspätung eintreffen. Von Bukarest und Crajova sind mehrere Sanitätszüge abgefahren. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß der Zusammenstoß durch falsche Weichenstellung entstanden ist.

*

Bisher 31 Todesopfer.

× **Paris**, 26. Okt. Nach Meldungen der Abendpresse aus Bukarest konnten bisher an der Unglücksstelle des Simplon-Orient-Expreßzuges 31 Todesopfer geborgen werden. 27 der Opfer sind rumänischer Nationalität. Der bei dem Unglück ums Leben gekommene Italiener Rocca ist der Sohn des jüngst bei einem Autounfall getöteten General Rocca. Das Auto wurde von dessen Sohn gesteuert, der nun bei dem Eisenbahnunglück den Tod gefunden hat. Unter den Opfern befindet sich auch ein griechischer Staatsangehöriger. Zur Zeit ist man eifrig an der Arbeit, die Strecke wieder frei zu bekommen. Außer einem Schlafwagen des Simplon-Expreß wurden zwei 1. Klassewagen des Schnellzuges, der Gepäck- und der Postwagen zerstört. Der Simplon-Orientexpreß ist ein Luxuszug. Er verkehrt wöchentlich dreimal von Konstantinopel über Bukarest—Triest—Venedig—Mailand nach Paris, von wo aus die Fahrgäste Anschluß nach London haben; er besteht ausschließlich aus Schlafwagen 1. Klasse.

*

Eine Panik.

◆ **Bukarest**, 26. Okt. Die Zahl der Opfer des Eisenbahnunglücks bei Recea hat sich glücklicherweise nicht erhöht. Die Mehrzahl der getöteten Reisenden gehört der ärmeren Bevölkerungsklasse an. Bei dem Simplonexpreß wurde nur der Gepäckwagen, der Postwagen und ein Teil des Schlafwagens nach Paris, in dem sich die Familie Rocca befand, zertrümmert. Die übrigen Reisenden dieses Schlafwagens wurden mehr oder weniger verletzt. Der Umstand, daß die meisten Reisenden schliefen, als das Unglück geschah, trug dazu bei, eine außerordentliche Panik hervorzurufen. Die beiden Lokomotiven sind gänzlich zerstört. Der Schaden wird auf 12 Millionen Ley geschätzt. Wie die Untersuchung ergab, ist das Unglück auf die Nachlässigkeit eines Weichenstellers zurückzuführen, der unmittelbar nach der Katastrophe verschwand.

*

Die Eisenbahnunfälle in England.

)) **London**, 25. Okt. Der heute morgen erfolgte Zusammenstoß bei Carlisle in Nordengland, dem zwei Lokomotivführer und zwei Heizer zum Opfer fielen, ist das fünfte Eisenbahnunglück in diesem Monat. Im ganzen sind bei den Eisenbahnunglücken im Monat Oktober 24 Personen getötet und 148 verletzt worden. Damit erreicht die Zahl der englischen Eisenbahnunfälle in diesem Jahr 19 mit 54 Toten und 889 Verletzten. Das heutige Unglück hat eine auffallende Aehnlichkeit mit dem viel schwerern bei Charfield vor zwölf Tagen, da auch diesmal wieder ein Schnellzug in einen Güterzug hineinfuhr. Die Folgen wären erheblich schlimmer geworden, wenn nicht zwei hinter der Lokomotive des Schnellzugs befindliche Schutzwagen aus Stahl, die mit Früchten beladen waren, den Stoß abgehalten hätten, so daß die Personenwagen des Königlichen Holländers, wie dieser zwischen London und Aberdeen verkehrende Schnellzug genannt wird, geschützt waren.

Konkordat und evangelische Kirche.

+ **Hannover**, 26. Okt. In einem Schreiben an das preußische Staatsministerium wendet sich das Landeskirchenamt in Hannover als oberste Verwaltungsbehörde der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover mit Nachdruck gegen einseitige Verhandlungen des Staates mit der römisch-katholischen Kirche. Das Schreiben bringt die Bedenken gegen den Abschluß eines Konkordats zum Ausdruck. Sehe sich die Staatsregierung außerstande, von einem Konkordat mit der katholischen Kirche abzusehen, so sei den evangelischen Kirchen durch alsbaldige Veröffentlichung des Inhalts des beabsichtigten Konkordats ausreichende Gelegenheit zur Geltendmachung von Bedenken, sowie zur Aufstellung ihrer berechtigten Ansprüche zu geben.

*

Was das Konkordat bezweckt, ist hier oft genug dargelegt worden. Es soll die katholisch-kirchlichen Verhältnisse zeitgemäß regeln. Was um Himmels willen berührt das die evangelische Kirche! Wir Katholiken denken nicht daran, uns in evangelisch-kirchliche Angelegenheiten zu mischen, verbitten uns aber auch ganz entschieden eine solche Einmischung von evangelischer Seite. Wir erkennen selbstverständlich der evangelischen Kirche das gleiche Recht gegenüber dem Staate zu wie der katholischen Kirche. Tut es denn aber der evangelischen Kirche irgendwie Abbruch, wenn wir Katholiken in Deutschland entsprechend der Vermehrung der katholischen Bevölkerung in Preußen seit dem Konkordat von 1821 einen oder zwei Bischöfe mehr bekommen? Die Sprache, die das hannoversche Landeskirchenamt führt, ist nicht geeignet, den konfessionellen Frieden zu fördern.

Die Vereinheitlichung der juristischen Vorbildung.

Konferenz des Reichsjustizministers mit den Regierungen aller Länder.

+ **Berlin**, 26. Okt. Im Reichsjustizministerium fanden am 25. und 26. ds. Mts. unter dem Vorsitz des Reichsministers der Justiz Koch-Weser Besprechungen mit den Regierungen der Länder über Fragen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Justizverwaltung statt. Der preußische Justizminister, die bayerischen Minister für Justiz und des Innern, die Justizminister von Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig und Anhalt, der Staatspräsident von Oldenburg, sowie die Leiter der Justizverwaltung von Hamburg und Bremen waren persönlich vertreten.

Am ersten Tage wurden die wichtigsten Punkte aus dem Gebiete des Einführungsgesetzes zum künftigen Strafgesetzbuch erörtert. Die Erörterungen betrafen zunächst die Frage, inwieweit im Rahmen der Strafrechtsreform Aenderungen im Ausbau und Zuständigkeit der Strafgerichte vorzunehmen sind. Ferner wurde eine Reihe strafprozessualer Probleme, darunter die Einschränkung des Eide und die Regelung der Wiederaufnahme des Verfahrens durchgesprochen. Weiterhin beschäftigte man sich mit der strafrechtlichen und strafprozessualen Behandlung der Jugendlichen und der Minderjährigen, die über 18 Jahre alt sind.

Die Beratungen am 26., an denen auch die übrigen Reichsressorts teilnahmen, hatten die Frage der Neuordnung des juristischen Ausbildungswesens zum Gegenstand. Die Aussprache ergab erfreulicherweise, daß ebenso, wie bei den Reichsressorts, auch bei den Länderregierungen der einmütige Wunsch nach einem, für das ganze Reich einheitlich aufgestellten Ausbildungsgange besteht, der den Zugang sowohl zum Richteramt und zur Rechtsanwaltschaft, wie zum höheren Verwaltungsdienst eröffnen soll. Nach eingehender Erörterung der Frage wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, in die das Reichsjustizministerium, das Reichsministerium des Innern, das preußische Justizministerium, das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, das preußische Ministerium des Innern, sowie die Regierungen der übrigen größeren Länder je ein Mitglied entsenden werden. Die Kommission soll, entsprechend der von der überwiegenden Mehrzahl der Länder vertretenen Auffassung Vorschläge auf der Grundlage einer 6½jährigen Gesamtdauer des Ausbildungsganges, einschließlich einer mindestens halbjährigen Verwaltungspraxis ausarbeiten. Die Kommission wird ihre Arbeiten beschleunigen. Sowie ihre Vorschläge vorliegen, wird der Reichsminister für Justiz die Konferenz erneut zusammenrufen.

Schiedsspruch in der westdeutschen Eisenindustrie.

Vor einer Lohnerhöhung.

Essen, 26. Okt. Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde am Freitag nachmittag in der Gesamtstreitigkeit zwischen dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und den drei Metallarbeitergewerkschaften von der Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Jötten folgender Schiedsspruch gefällt:

I. Das derzeitige Lohnabkommen bleibt weiter in Kraft, und zwar mit folgender Maßgabe:

1. Der Ecklohn als solcher bleibt unverändert. Zum Verdienst der Stundenlöhner über 21 Jahre tritt jedoch mit Wirkung vom 1. November 1928 ab ein fester Stundenzuschlag von sechs Pfennig. Bei den weiblichen und jugendlichen Arbeitern rundet sich diese Zulage nach den entsprechenden Hundertsätzen der Lohntabelle ab. Bruchteile werden in der bisherigen üblichen Weise aufgerundet.

2. Die Akkord- und Prämienarbeiter erhalten vom gleichen Zeitpunkt an neben dem sogenannten Zeitzuschlag von 21 Pfennig einen festen Zuschlag von zwei Pfennig die Stunde.

3. Diese Regelung ist erstmalig am 1. März 1930 zum 30. April 1930 und dann an jedem ersten mit zweimonatiger Frist kündbar.

II. Erklärungsfrist Montag, den 29. Oktober 1928, gegenseitig und gegenüber dem Schlichter.

Die Strafrechtsreform.

:: **Berlin**, 26. Okt. Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform setzte seine Beratungen beim Abschnitt „Maßregeln der Besserung und Sicherung" fort.

§ 56 betrifft die Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, die vom Gericht angeordnet wird, wenn jemand zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig oder vermindert zurechnungsfähig war. Bei vermindert Zurechnungsfähigen tritt die Unterbringung neben die Strafe. § 56 wurde unverändert angenommen.

§ 57 behandelt die Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt. (3). Abg. Dr. Rosenfeld (S.) legte eine Entschließung vor, die die Reichsregierung ersucht, die geeigneten Maßnahmen zu ergrei-

sen, um die Herstellung von Rauschgiften in Deutschland auf das durch die Bekämpfung von Krankheiten in Deutschland gebotene Maß zu beschränken. Ueber diese Entschließung soll erst am Dienstag abgestimmt werden Sie ist aber bereits von der Mehrheit des Ausschusses unterzeichnet. Nach weiterer Aussprache wurde § 57 unverändert genehmigt.

§ 58 behandelt die Unterbringung in einem Arbeitshaus oder in einer Erziehungsanstalt. Abg. Geschke (K.) beantragt Streichung. Abg. Frau Pfülf (S.) beantragte „Arbeitsfähige sind statt einem Arbeitshaus, einem Asyl zu überweisen." Abg. Frau Wurm (S.) beantragte, in den § 58 nicht einzubeziehen die Prostituierten. (5). Ministerialdirektor Dr. Bumke erklärte, Arbeitsunfähigen gegenüber könne auf Arbeitshaus nicht erkannt werden. Preußischer Ministerialdirigent Schaefer hat, bezüglich des Arbeitshauses zu der Reichsratsfassung zurückzukehren und das Gericht auf die Zulässigkeitserklärung zu beschränken. Redner der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei traten für die Aufrechterhaltung des Wortlautes der Vorlage ein. Die weitere Beratung und Abstimmung wird auf Montag vertagt. Vorher soll ein Mitglied des Reichsgesundheitsamtes über Fragen vernommen werden, die der Abg. Dr. Moses (S.) zu entwerfen durch den Ausschuß beauftragt wird.

Die Vorbereitungen für die Reparationskonferenz.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

• **Berlin**, 26. Okt. In der heutigen Kabinettssitzung hat der Reichsminister der Finanzen über die Lage berichtet, welche in der Reparationsfrage durch die Vereinbarung von Genf und die seitdem eingetretene Entwicklung entstanden ist. Das Kabinett ist sich darüber schlüssig geworden, zusammen mit den übrigen beteiligten Regierungen die nötigen Schritte zu tun, um den Plan der Einsetzung einer unabhängigen Sachverständigenkommission zur endgültigen und vollständigen Regelung der Reparationsfrage zu verwirklichen.

Wie wir ergänzend erfahren, ist heute in der Kabinettssitzung nicht über die materielle Seite des Reparationsproblems sondern nur über die technische Weiterentwickelung beraten worden. In politischen Kreisen wird unterstrichen, daß entsprechend der Mitteilung über die Kabinettssitzung die Einberufung der Reparationskonferenz nicht von Deutschland allein sondern gemeinsam mit den übrigen Ländern erfolgen soll. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung nun zunächst mit diesen Fühlung nimmt, um Zeit, Ort, Personenfrage und Aufgabenbegrenzung dieser Konferenz zu vereinbaren. In der Prozedur wird man sich voraussichtlich weitgehend an die Analogie der Daweskonferenz halten. Von Bedeutung ist, daß die Konferenz nach deutscher Auffassung aus unabhängigen Sachverständigen zusammengesetzt werden soll Damit entfällt also die in einem Teil der ausländischen Presse aufgetauchte Version, daß die Konferenz von Beauftragten der Regierungen besetzt würde. Statt dessen bleibt Deutschland bei den Plan, von unabhängigen Wissenschaftlern und praktischen Wissenschaftlern die Leistungsfähigkeit Deutschlands, und die besten Methoden für die Ablösung der Reparationsschuld prüfen zu lassen. In Berlin rechnet man damit, daß die Vorbereitungen der Konferenz schnell von statten gehen, sodaß sie noch im November, spätestens anfangs Dezember, zusammentreten kann.

Die deutsche Industrie und die kommenden Verhandlungen.

• **Berlin**, 26. Okt. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielten gestern unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. C. Duisberg mehrere Sitzungen ab. In der Präsidialsitzung berichtete Geheimrat Kastl ausführlich über den gegenwärtigen Stand der Reparationsfrage, wie er sich insbesondere aus der Genfer Sechs-Mächte-Konferenz vom 16. September d. J. ergeben hat. Es handele sich jetzt darum, zu einer endgültigen Regelung zu gelangen, die eine Gesamtlösung darstellen und auf die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands, die wesentlich unter der Normalsumme des Dawesplanes läge, Rücksicht nehmen müsse. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an. Das Präsidium war der einheitlichen Auffassung, daß sich Deutschland selbstverständlich unter Wahrung seines Standpunktes, positiv zu den kommenden Verhandlungen einstellen müsse. Es müsse aber abgewartet werden, welche Vorschläge von der Gegenseite gemacht werden. Direktor Crämer berichtete über das Ergebnis der bisherigen Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien. Der Vortragende ging sodann auf den bisherigen Verlauf der deutsch-rumänischen Finanzverhandlungen ein, die trotz größten Entgegenkommens der deutschen Regierung bisher noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

In der Vorstandssitzung gab der Vorsitzende bekannt, daß Geheimrat Hugenberg seinen Posten als Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes niedergelegt habe. Für den verstorbenen Geheimrat Deutsch wählte der Vorstand Generaldirektor Dr. Meinhardt, für den ausgeschiedenen Direktor Karelki Herrn Hugo Asbach auf Vorschlag der betreffenden Fachgruppen einstimmig hinzu. Geheimrat Kastl referierte dann über die Verhandlungen des Präsidiums zur Reparationsfrage. Der Vorstand billigte die Stellungnahme des Präsidiums einstimmig. Clemens Lammers, M. d. R., erstattete eingehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit des Enqueteausschusses und den Stand seiner Arbeiten.

Nach einer Reihe weiterer Berichte beschloß der Vorstand einstimmig, die nächste Mitgliederversammlung des Reichsverbandes in den Tagen vom 10. bis 21. September 1929 in Düsseldorf abzuhalten.

Der Abiturienten-Mordprozeß.

Zeugenvernehmung unter Ausschluß der Presse.

× **Essen**, 26. Okt. Auch am Freitag, dem zehnten Verhandlungstage, wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit weiter verhandelt. Das bisherige Ergebnis der Beweisaufnahme läßt noch nicht vermuten, wie der Spruch des Gerichts lauten wird. Noch immer bildet der Prozeß mit allen Sensationen das Tagesgespräch. Allgemein fällt auf, daß die Berliner Kommissare Werneburg und Lissigkeit noch nicht vernommen worden sind. Sollte ihr am letzten Tage stattfindendes Verhör die Sensation des Prozesses bringen?

Das Zeugenaufgebot des heutigen Tages ist wieder sehr umfangreich. Man will endlich die Beweisaufnahme zu Ende führen. Zu diesem Zweck sollen auch am Freitag und Sonnabend nachmittag die Verhandlungen fortgeführt werden, nachdem sie durch eine Mittagspause unterbrochen werden. Die Zeugen sind hauptsächlich wieder ehemalige Mitschüler des Angeklagten und jetzige Studenten. Während der Vernehmung der Jugendlichen machte der Erste Staatsanwalt Schneider darauf aufmerksam, daß der Zeuge M. am Donnerstag einem Straßenbahnschaffner auf der Fahrt erklärt habe, die Schüler seien sich darüber einig, solange nicht offen auszusagen, bis die Presse ausgeschlossen sei. Sachverständiger Professor Müller-Heß gibt seiner Ansicht Ausdruck, daß die Jugendlichen wahrscheinlich bei der Besprechung der Veranlagungen des Angeklagten aus Schamgefühl sich doch nicht an die volle Wahrheit hielten. Für die Beurteilung des Prozeßverlaufes sei es erforderlich, aus diesen Aussagen zu erkennen, inwieweit die Jugendlichen über moralische Angelegenheiten unterrichtet seien. Darauf wird auch die Presse gegen 10 Uhr ausgeschlossen. Die Presse wurde gegen 10,55 Uhr wieder zugelassen. Die nichtöffentliche Vernehmung der Schüler hat ein klares Bild nicht ergeben. Ein Teil der Schüler scheint über gewisse moralische Dinge unterrichtet gewesen zu sein, ein Teil nicht. Die weiteren Vernehmungen der Jugendlichen ergaben nichts Wesentliches. Vernommen wurde auch der neu geladene Zeuge, der Straßenbahnschaffner, der die Vereinbarung der Schüler gehört haben will, nicht die volle Wahrheit zu sagen, falls die Presse nicht ausgeschlossen werde. So bestimmt vermochte er sich bei seiner Vernehmung allerdings nicht zu äußern. Staatsanwaltschaftsrat Rosenbaum teilte die Ladung eines weiteren Zeugen für Sonnabend mit, der

über den Selbstmörder Ostendorf aussagen

soll. Bei der weiteren Verhandlung nahm einen breiteren Raum die Vernehmung eines Studenten ein, der einmal bei Hußmann übernachtet haben soll. Der Zeuge bestritt dies jedoch, sodaß der angebliche Besuch sich aus den Redereien der Jugendlichen untereinander erklären dürfte. In Widersprüche verwickelte sich dieser Zeuge bei seinen Aussagen über angebliche Furcht der Mitschüler vor Hußmann. Seine Kenntnisse will er zumeist von anderen herhaben. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen und auf nachmittags vertagt.

Die Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung gab Gerichtsarzt Dr Kepler zunächst Auskunf über die Vernehmung des Studenten H. und des Angeklagten Hußmann. Student H. habe bestimmte, für Hußmann belastende Momente zugegeben. Zeuge Student H. blieb bei seinen ersten Aussagen, nach denen Hußmann bei Balgereien nicht mit Absicht in einer Weise vorgegangen sei, die auf außergewöhnliche Veranlagung schließen lassen muß. Zeuge Student P., der noch mit Hußmann befreundet ist, gab an, Hußmann habe ihm einmal gesagt, er hätte in Daube nicht den richtigen Freund Es wurden dann Briefe des Hußmann an den Studenten P. verlesen, die den Angeklagten bezüglich der Teilnahme am B.elkreis charakterisieren. In den Briefen heißt es u. a.: „Bete, bete, nur die Erkenntnis über Sünde kann helfen. Daube und ich sind nicht reif für eine derartige Freundschaft. Unsere Freundschaft steht und fällt mit Jesus."

Weiterhin wurden zahlreiche Zeugen über die Charaktereigenschaften des Angeklagten vernommen. Die Aussagen brachten nichts wesentlich Neues.

Die Oeffentlichkeit wurde darauf wieder hergestellt. Die Zeugenvernehmung geht weiter. Sie ergab wenig wichtige Aussagen. Manche Zeugen entlasteten den Angeklagten.

Eine unruhige Nacht.

Die Zeugin Witwe Stratmann gab an, sie habe in der Mordnacht um 3,45 Uhr einen Mann an ihrer Wohnung vorbeigehen hören. Sie habe nach der Uhr gesehen, weil die Nacht wegen verschiedener Schlägereien unruhig war. Schon um 22,45 Uhr sei sie von ihrer Tochter ans Fenster gerufen worden, da eine Person bei einer Schlägerei zwischen Chauffeuren schwer verletzt wurde Ein Auto sei ohne Licht und ohne Nummer vorübergefahren. Um 3,45 Uhr sei sie wieder wach geworden. Der Mann sei raschen Schrittes in Richtung auf die Wohnung des Rektors Daube zugegangen. Auf dem Bürgersteig in der Nähe ihrer Wohnung habe sich eine große Blutlache gezeigt, die von dem bereits erwähnten Verletzten herrührte. Vorübergehende Personen hätten wahrscheinlich in die Lache hineingetreten. Vor der Wirtschaft Krämer bis zu ihrer Wohnung seien Blutspuren zu sehen gewesen, und zwar auf derselben Seite der Straße, an der die Kleiböhmersche Wohnung liegt. Die Zeugin Neuwöhner sagte aus, Hußmann sei nach der Tat bei ihr gewesen, um sein Zeugnis zu holen. Er habe gesagt, der Pöbel hätte ihn gelyncht, wenn er nicht zur Beerdigung Daubes gegangen sei.

Die Entlastungszeugen.

Nach Beendigung der Vernehmung der Zeugen der Anklage begann das Verhör der Zeugen der Verteidigung. Der Zeuge Protokollführer Evers wurde vom Verteidiger gefragt, ob eine Differenz zwischen Werneburg und Hußmann beim Aufnehmen des Protokolls bestanden habe. Der Zeuge erklärte, Hußmann habe sich gegenüber den Berliner Herren nicht richtig benommen. Werneburg wolle gesagt haben, er werde es dem Hußmann anstreichen, wenn er über seinen Charakter befragt werde. Der Zeuge konnte sich dieser Aeußerung nicht erinnern Das Gericht unterstellte, daß Hußmann annehmen mußte, daß gegen ihn nicht richtig vorgegangen wurde Bestärkt in dieser Annahme sei der Angeklagte durch die Vernehmung des Kommissars Klingenhöller. Die Sachverständigen hatten inzwischen Fragen an Rektor Kleiböhmer und Rektor Daube formuliert. Die Frage an Rektor Kleiböhmer, wie er sich als Vater und Erzieher die überschwänglichen Briefe des Hußmann erklärte, beantwortete dieser u. a. dahingehend, daß die Sehnsucht der Mutter den weichlichen Empfindungen der Kinder sehr entgegengekommen sei. Hußmann habe ein weiches Gefühl das mit der Bibelkreisbewegung zusammenhänge. Dem mystischen Zug dieser Bewegung habe sich Hußmann nicht entziehen können Die weitere Frage an Kleiböhmer, wie die Mitteilung des Todes Daubes auf die Familie gewirkt habe, wurde dahin beantwortet, daß sofort alles aufgestanden sei Die erste Mitteilung vom Morde sei kurz vor 6 Uhr von Hußmann selbst gemacht worden. Er sei vor das Schlafzimmer gekommen und habe geweint.

Rektor Daube beantwortete die Frage, aus welchen Gründen er glaube, daß Hußmann die Tat begangen habe, wie folgt: „Auf Grund dessen, was mir erzählt wurde. Ich nahm an, daß, wenn Hußmann es war, er es aus Eifersucht oder Rache tat. Es sei von der Homosexualität Hußmanns erzählt worden, und sein Sohn hätte vielleicht mit der Aufdeckung gedroht." Die weitere Frage an Daube, ob er es für möglich halte, daß Hußmann zu Daube besondere Beziehungen unterhalten habe, beantwortete Daube dahingehend, daß er die Möglichkeit zugegeben habe, weil die Sachverständigen fragten, ob er aus dem dauernden Hin und Her der Beziehungen auf den Gedanken gekommen sei, daß verbotene Dinge getrieben würden.

Das Gericht will den Sachverständigen die Frage vorlegen, ob anormale Veranlagungen vorliegen und ob Bildung und gute Erziehung solche Tat möglich machen. Samstag vormittag soll die Beweisaufnahme zu Ende geführt werden. Nach einem sitzungsfreien Montag sollen am Dienstag die Plädoyers beginnen.

Der Beleidigungsprozeß des Ministers Hirtsiefer.

Ein Zwischenfall auf dem Hauptbahnhof Essen.

◇ **Berlin**, 26. Okt. Heute gelangte vor dem Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Keßner ein politischer Beleidigungsprozeß zur Verhandlung. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I hatte gegen den Schriftleiter Rebe Anklage wegen Beleidigung des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer sowie des Beigeordneten der Stadt Essen, Klost, erhoben. Die „Rote Fahne" hatte einen Artikel veröffentlicht, der einen Vorgang auf dem Bahnhof in Essen betraf und hatte dabei die schwersten Beleidigungen gegen den Minister erhoben. Am Fronleichnamstage war Minister Hirtsiefer in Essen. Als er vom Hauptbahnhof abfahren wollte, wurde er von einem Manne belästigt. Trotz der Zurückweisung seitens des Ministers ließ sich dieser Mann nicht beruhigen, sodaß die Hilfe der Bahnhofspolizei in Anspruch genommen werden mußte. Wie die Ermittlungen ergaben, handelte es sich um einen geisteskranken Querulanten, der schon mehrfach in Irrenanstalten war und der das Wohlfahrtsministerium dauernd mit Eingaben und Beschwerden belästigt hatte. Ueber den Vorfall erschien unter schwersten Beleidigungen gegen Minister Hirtsiefer ein Artikel in der „Roten Fahne", in dem es so dargestellt wurde, als ob es sich um einen Streit zwischen dem Minister und dem Beigeordneten Klost gehandelt habe. Diese unrichtige Darstellung ist auch vom „Dortm. Gen.-Anz." weidlich ausgeschlachtet worden. Bei der Verhandlung in Moabit wurde Minister Hirtsiefer als Nebenkläger durch Rechtsanwalt Dr. Pinder vertreten. Für den Beigeordneten Klost hatte der Oberbürgermeister von Essen gleichfalls Strafantrag gestellt. Der Angeklagte wurde zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er mußte einräumen, daß er „einem Mißverständnis zum Opfer gefallen" sei und daß der Vorfall gar nicht stattgefunden habe. In der Begründung heißt es u. a., der Angeklagte könne sich nicht mit der Eile verteidigen, die im Redaktionsbetriebe herrsche. Bei einem Artikel, der so schwere Vorwürfe gegen einen Minister enthalte, habe er sich auf alle Fälle vorher erkundigen müssen.

Keine Spionage der beiden Breslauer Oberschützen.

:: **Breslau**, 26. Okt. Zu dem Selbstmord der beiden Breslauer Oberschützen, die gestern an der polnischen Grenze von der Grenzpolizei entdeckt und verfolgt wurden, berichtet die Nachtausgabe: Ursprünglich war der Verdacht aufgetaucht, daß die beiden Deserteure vielleicht Spionageabsichten gehabt haben könnten. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft in Oels hat indessen einwandfrei die völlige Haltlosigkeit dieses Gerüchtes ergeben. Die beiden Reichswehrangehörigen waren, als sie gestellt wurden, in Hauptmannsuniform. Diese Uniformen hatten sie ihrem in der Kaserne wohnenden Kompagniechef gestohlen. Sie hatten große Schulden gemacht und wollten sich auf diese Weise neue Mittel verschaffen. Im eigenen Truppenteil erscheint das Verhalten der beiden Oberschützen, die sonst tüchtige Soldaten gewesen sein sollen, als ein psychologisches Rätsel. Man nimmt an, daß sich hinter der Schuldenmacherei und dem Auftreten als Hauptmann eine Liebesaffäre verbirgt. Mit Spionage hat die ganze Sache jedenfalls, wie positiv festgestellt werden konnte, nicht das Geringste zu tun.

Keine „Zeppelin"-Fahrt durch Amerika.

Die Vorbereitungen für den Rückflug.

Lakehurst, 26. Oktober.

Nach langem Studium der Wetterberichte ist Eckener gestern um 22,30 Uhr zu dem Entschluß gekommen, den Mittelwestflug nochmals um 24 Stunden zu verschieben. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß diese nochmalige Verschiebung des Starttermins möglicherweise eine vollständige Aufgabe des Amerikafluges nach sich ziehen würde. Eckener will am Freitag vormittag nochmals die Wetterberichte durchsehen und dann eine endgültige Entscheidung treffen. Unabhängig von dieser Entscheidung werden jetzt schon Vorbereitungen für den Rückflug nach Deutschland getroffen, zu dem demnach Sonnabend oder Sonntag gestartet werden kann.

Der gestrige Entschluß, den Mittelwestflug abermals aufzugeben, wurde nach langen und ernsten Beratungen gefaßt. Eckener wußte, daß ein weiteres Aufschieben unter Umständen einen schlechten Eindruck machen würde. Der Wind um die Halle machte aber ein Ausschleppen des Luftschiffes um 22 Uhr — die ursprünglich vorgesehene Startstunde — unmöglich. Ein späterer Statt um 2 oder 3 Uhr morgens, den namentlich Commander Rosendahl auf Grund seiner Wettererfahrungen in Lakehurst für möglich hielt, paßte Eckener nicht in seine Pläne, weil er bei vorherrschend starkem Westwind dann Chikago und andere Städte des Mittelwestens erst nachts erreicht und die Bevölkerung dann nichts von dem Luftschiff gesehen hätte.

Eckener erhielt die Wetterberichte abends um 10 Uhr und prüfte danach persönlich die Windverhältnisse an beiden Enden der Halle. Er hatte dann erneute Besprechungen mit seinen Offizieren. Dann sagte er: „Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Start für heute absagen und gleichzeitig mit den Vorbereitungen für den Rückflug beginnen." Sicher wäre es ihm leichter gefallen, den angesetzten Flug durchzuführen, als diese Entscheidung zu treffen, die leicht falsch ausgelegt werden kann

Der Befehl, die Vorbereitungen für den Rückflug nach Deutschland zu treffen, wurde von den Passagieren und der Mannschaft mit herzlicher Freude begrüßt. Alle hoffen, daß die morgigen Wetterberichte so sein werden, daß der Mittelwestflug gänzlich aufgegeben werden muß, denn alle freuen sich über jeden Tag, den die Heimfahrt früher angetreten werden kann. Die einzigen Enttäuschten würden die Passagiere sein, die nur den Amerikaflug mitmachen können.

★

Die Passagiere.

Newyork, 26. Okt. Für den ersten Europaflug des Luftschiffes „Graf Zeppelin" wurden nunmehr sechs Passagiere durch Thomas Cook gegen Passagekosten von 3000 Dollar pro Person gebucht: Frau Klara Adams aus Tannerville (Pennsylvania), Witwe des Konservenfabrikanten George Adams; Richard Burke aus Bigbeef Lake in Kalifornien, Schwager des jüngeren Cornelius Vanderbilt; Donald E. M. Castro, Columbos (Ohio), ein früherer Militärflieger; Paul M. Marko, Präsident der Marko-Batterienwerke, Brooklyn, die sämtlich amerikanische Staatsbürger sind. Ferner werden sich an der Fahrt nach Deutschland beteiligen die Engländer Allen Miller, Direktor der Almida Akkumulatoren Ltd., London, und ein Kriegsflieger von der Royal Flying Corperation. Alle übrigen die Passage betreffenden Anfragen mußten abschlägig beschieden werden.

★

Der Rundflug wird nachgeholt.

◇ **Lakehurst**, 26. Okt. An die Mitteilung, daß der Besuch des „Graf Zeppelin" in den Staaten des mittleren Westens aufgegeben werden müsse, anknüpfend, erklärte Dr. Eckener noch, er hoffe die jetzt aufgegebene Fahrt nachholen zu können, wenn das Luftschiff auf dem geplanten zweiten Ozeanflug wieder nach den Vereinigten Staaten komme Der Hauptzweck seines ersten Flugs sei gewesen, zu zeigen, daß die Strecke über den nördlichen Atlantischen Ozean, sowie andere überseeische Fahrten mit dem Lenkluftschiff sicher und verläßlich durchgeführt werden könnten. Um diesen Hauptzweck der Fahrt nicht zu schädigen, sei es wesentlich, die Rückfahrt nach Europa ohne allzu große Verzögerungen anzutreten.

★

Das Zeppelin-Nachrichtenmonopol.

○ **Berlin**, 26. Okt. Nach Drahtberichten der deutschen Botschaft in Washington hat Dr. Eckener gegenüber dem von Ministerialdirigent Brandenburg im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums an ihn gerichteten Ersuchen, das Nachrichtenmonopol für die Rückfahrt aufzugeben, dargelegt, daß er infolge bestehender rechtlicher Bindung auch beim besten Willen dazu nicht in der Lage sei Er bitte daher herzlich, daß die deutschen Reichsstellen und die Oeffentlichkeit seiner Zwangslage Rechnung tragen möchten. Dr. Eckener soll es gelungen sein, in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung ihre anfängliche Verstimmung über das Monopol vergessen zu lassen. Die Presse hat dort eine Begeisterung für ihn und sein Werk an den Tag gelegt, die von vielen als noch bewegter als aus Anlaß des Köhl-Fluges betrachtet wird.

★

Mit einem Wasserkrug und zwei Aepfel quer durch Amerika.

:: **Newyork**, 26. Okt. Zum zweitenmal in der Geschichte der Aeronautik wurde gestern Amerika von der atlantischen nach der pazifischen Küste in einem Non-stop-Flug überflogen. Die Zivilflieger Collyer und Harry Tucker bewältigten die Strecke Roosevelt Field—Columbus—St. Louis—Kansas—Albuquerque—Los Angeles in 24 Stunden und 55 Minuten und verbesserten den bisherigen einzigen Rekord des Ost-West-Fluges, der im Mai 1923 von zwei Amerikafliegern aufgestellt worden war, um 115 Minuten. Das dabei benutzte Flugzeug ist der Lockhead-Vega-Monoplan, „Yankee doodle", ein berühmter Aeroplan, worin Göbel kürzlich den West-Ostrekord von 18 Stunden und 58 Minuten aufgestellt hatte. Die Flieger nahmen 520 Gasgallonen, 25 Oelgallonen und als Proviant einen Wasserkrug und zwei Aepfel mit. Die Lockhead-Vega-Flugzeuge werden in Los Angeles gebaut und wurden zum erstenmal durch Wilkins Arktisflug bekannt.

Von Nah und Fern.

Haftentlassung des Pfandleihers Winter.

× **Berlin**, 26. Okt. Der Pfandleiher Bernhard Winter, gegen den ein umfangreiches Strafverfahren schwebt weil er u. a. zahlreiche Leute geschädigt hat, indem er ihre Pfandobjekte weiter verkaufte, ist heute nach erfolgter Haftprüfung auf Beschluß der Strafkammer aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Winter war wegen ähnlich gelagerter Fälle bereits mehrfach angeklagt, aber freigesprochen worden.

Selbstmord eines Schülers.

◇ **Offenburg**, 26. Okt. Ein 16jähriger Oberrealschüler, der bei einer Balgerei einem Mitschüler die Brille zerschlagen hatte und deshalb mit vier Stunden Karzer und zwei Stunden Klassenarrest bestraft worden war, erhängte sich. Der Selbstmord hat hier außerordentliche Erregung hervorgerufen. Die von der Kriminalpolizei vorgenommene Untersuchung und die Feststellungen in der Schule selbst sollen ergeben haben, daß der bedauernswerte Schritt des jungen Mannes nicht mit der gegen ihn verhängten Strafe in Zusammenhang stehe, sondern in anderen Motiven zu suchen sei. Im übrigen könnten, so wird von autorisierter Seite mitgeteilt, vor Abschluß der Untersuchung weitere Mitteilungen nicht gemacht werden.

Kapitän Plueschow mit der „Feuerland" am Ziel.

!! **Bad Buesum**, 26. Okt. Die Buesumer Schiffswerft erhielt ein Telegramm von Bord der „Feuerland" aus der Magalhaens-Straße, worin Kapitänleutnant Plueschow mitteilt, daß er mit seiner „Feuerland" am 23. Oktober dort eingetroffen sei. Den Erbauern des Schiffes stattete Plueschow seinen Dank ab.

Ein Zweimastschoner gesunken.

+ **Burg** (auf Fehmarn), 20. Okt. Auf der Fahrt von Lübeck nach Dänemark ist der Zweimastschoner des Kapitän Janson aus Heiligenhafen, der unterwegs leck gesprungen war, in der Haseneinfahrt von Burgstaaken gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Die Strandung des Hamburger Dampfers „Adolf Woermann".

— **Hamburg**, 26. Okt. Nach einem bei der Woermann-Linie eingegangenen Telegramm des Kapitäns ist die Lage des Dampfers „Adolf Woermann", der am 23. ds. Mts bei Cap Spartivento auf Grund geriet, unverändert. Die Abschleppversuche werden fortgesetzt Die See ist ruhig und das Schiff dicht. Der größere Teil der Passagiere befindet sich an Bord. 41 Passagiere wurden gestern auf ihren Wunsch nach Neggio befördert. — Nach neuer Mitteilung der Woermann-Linie ist der in der Straße von Messina havarierte Dampfer „Adolf Woermann" heute früh, 8,30 Uhr, wieder flott gemacht worden und hat seine Reise fortgesetzt Das Schiff hat keine feststellbare Beschädigung erhalten und läuft zunächst Messina an, um die Ladung, die beim Abschleppen gelöscht worden ist, wieder zu übernehmen.

Rekrutenausschreitungen in Westpolen.

× **Kattowitz**, 26. Okt. Anläßlich der Rekrutenaushebungen in Czeladz kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Polizei mußte gegen die Rekruten mit blanker Waffe vorgehen und machte schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Dabei wurde ein Rekrut erschossen, ein zweiter sehr schwer verletzt. Vier von den Polizeibeamten wurden durch Steinwürfe von den Rekruten verletzt.

Die Umgemeindungen in Westfalen.

Werden Großkreise geschaffen?

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Trotz der großen Geheimnistuerei, die man um die Umgestaltung im Ruhrrevier und den angrenzenden Bezirken macht, ist mittlerweile bereits schon so viel durchgesickert, daß man sich allmählich ein Bild von der Lage machen kann, wie sie heute ist. Eine Anzahl Zeitungen in den betreffenden Gebieten haben örtlich begrenzte Mitteilungen gemacht, die man nur zusammenzufassen braucht, um einen Ueberlick zu gewinnen. Für Westfalen liegen vier Gutachten vor, die in Frage kommen, und zwar die des Verbandsdirektors des Ruhrsiedlungsverbandes, der Regierungspräsidenten von Arnsberg und Münster und des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen.

Man darf sagen, daß der Verbandsdirektor die Dinge recht großzügig angepackt hat und Vorschläge macht, die weit über eine der üblichen Ein- und Umgemeindungen hinausgehen, ja geradezu auf eine Verfassungs- und Verwaltungsreform hinauslaufen; denn anders ist es nichts, wenn Großkreise und Großämter als neue Verwaltungseinheiten empfohlen werden; ohne Stellung zu der Frage zu nehmen, ob Großkreise abzulehnen oder anzuerkennen sind, muß doch gesagt werden, daß der Mut und die Tatkraft des Verbandsdirektors ein Problem angepackt haben, dessen Lösung bestimmt nicht durch Artikel, wie sie Dr. Jarres-Duisburg im Städtetag veröffentlicht, aufgehalten werden kann.

Die Gutachten der Regierungspräsidenten von Arnsberg und Münster zeugen, soweit sie der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind, von großem Fleiß, von Gewissenhaftigkeit und Eindringen in die Materie. Bedauerlich bleibt nur die Geheimnistuerei, genau als ob es sich hier um Fragen handele, die die Oeffentlichkeit nichts angingen. Diese Dunkelkammerpolitik hat zur Folge, daß auch der Oberpräsident nicht mit seinem Gutachten herausrücken kann, und die Presse auf zufällig bekannt werdende Einzelheiten, auf Undichtigkeiten amtlicher Stellen und auf Berliner Mitteilsamkeit angewiesen ist. Das ist gewiß kein erfreulicher Zustand, und das preußische Innenministerium möge noch einmal überlegen, ob diese Geheimhaltung der Denkschriften richtig ist. Im übrigen geht, wie man verschiedenen Zeitungsmeldungen entnehmen konnte, der Oberpräsident in der Tendenz stark mit dem Verbandsdirektor gemeinsam.

Einzelmeldungen stehen teilweise zur Verfügung, nur fehlt uns bisher das Gesamtbild; dieses dürfte etwa folgendermaßen aussehen:

1. Vest Recklinghausen. Verbandsdirektor und Oberpräsident treten für die Bildung eines Großkreises Recklinghausen ein, dem Recklinghausen als kreisangehörige Stadt eingefügt werden soll. Der Regierungspräsident dagegen will Recklinghausen als kreisfreie Stadt erhalten und wenigstens um das Amt Herten vergrößern. Dafür soll das Amt Haltern vom Kreise Coesfeld abgetrennt und zum Kreis Recklinghausen geschlagen werden. Bottrop und Osterfeld sollen zusammengelegt werden, Gelsenkirchen-Buer soll Westerholt erhalten, Gladbeck dagegen von Buer den Teil Scholven. Dorsten soll dem Großamt Dorsten als Stadt eingegliedert werden.

2. Lünen und Kreis Lüdinghausen. Der Verbandsdirektor will die Gegend um die stillgelegte Zeche Hermann zum Kreis Recklinghausen geben. Der Regierungspräsident von Münster ist nicht dieser Ansicht, während nach den vorliegenden Meldungen der Oberpräsident für den Zusammenschluß von Lünen und Lüdinghausen zum Großkreis eintritt. Eine Abtrennung von irgendwelchen Teilen des Kreises Lüdinghausen nach Hamm oder Recklinghausen hält er für untunlich.

3. Hamm. Gegen die Eingemeindungsbestrebungen Hamms aus dem Regierungsbezirk Münster werden schwere Bedenken geltend gemacht. Auch der Oberpräsident hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kreise Lüdinghausen und Beckum unversehrt bleiben müssen. Dagegen wird die Bildung eines Großkreises Hamm Stadt und Land ernstlich in Erörterung gezogen. Der Regierungspräsident von Arnsberg tritt natürlich stark für eine Vergrößerung Hamms ein.

4. Dortmund soll einen wesentlichen Zuwachs nicht erhalten; es scheint, daß es einige Grenzberichtigungen erhalten soll, die nur sehr geringfügiger Natur sind. Hier klassen die Ansichten des Regierungspräsidenten von Arnsberg und des Verbandsdirektors weit auseinander.

5. Stadtkreis Hagen. Es besteht die Auffassung, daß die Stadt Hagen vergrößert werden muß; der Regierungspräsident von Arnsberg ist allerdings weniger entgegenkommend als der Oberpräsident; die augenblickliche Ansicht der Berliner Stellen geht dahin, daß die Stadt Hagen um die Aemter Boele und Vorhalle mit Haspe vergrößert werden muß, um überhaupt eine Entwicklung der Stadt Hagen zu gewährleisten.

6. Zwischen Hagen und Dortmund. Aus den Restkreisen Hörde und Hagen-Land und den Kreisen Schwelm und Hattingen sollen anscheinend zwei größere leistungsfähige Kreise gebildet werden.

7. Der Stadtkreis Bochum soll den größten Teil des Landkreises Bochum erhalten und den nördlichen Teil des Landkreises Hattingen.

8. Die Mittelstädte Wanne-Eickel, Herne, Castrop-Rauxel und Wattenscheid sollen erhalten bleiben. Die Zukunft der drei erstgenannten Städte wird allerdings abhängig sein müssen von der Gestaltung der Dinge im Vest Recklinghausen.

Würde diese Regelung so durchgeführt, hätten wir im westfälischen Industriegebiet die sechs Großstädte: Dortmund, Gelsenkirchen-Buer, Bochum, Hagen, Bottrop-Osterfeld, Recklinghausen.

Eine große Frage aber ist es, ob die geschilderte geplante Regelung Aussicht auf Annahme hat. Man darf nicht vergessen, daß bisher nur eine Anzahl Gutachten vorliegen, denen noch das Gutachten des Provinzialausschusses folgen wird. Weiter wird die Regierung erst dem Staatsrat und Landtag eine Vorlage machen. Vor der Beratung im Staatsrat und Landtage werden sich erst die Eingemeindungsausschüsse mit den Dingen befassen; dann erst werden die Dinge spruchreif. Es wird also noch viel Wasser durch die Ruhr fließen, ehe die Dinge so weit sind und es werden sich noch manche Aenderungen ergeben.

Man wird endlich große Zweifel haben müssen, ob sich der Landtag überhaupt zu großen Maßnahmen durchringen wird. Man darf nicht übersehen, daß es im Landtag sehr einflußreiche Leute gibt, die von Großkreisen nichts wissen wollen, und es ganz abgesehen davon überaus schwer ist, neue Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen; vielleicht geht es mit der Umgemeindung auf neuen Wegen genau so wie mit der Frage der Wahlreform: Die Beharrungskraft obsiegt.

Die anderen Wünsche in Westfalen, die besonders die Provinzialhauptstadt Münster, die Städte Bielefeld, Bocholt, und Ahlen angehen, sind noch nicht in die Erörterung hineinbezogen worden. Schon daraus läßt sich ersehen, daß der ganze Komplex nicht mit der Großzügigkeit angepackt wird, wie es erforderlich ist. Denn in Westfalen wird nicht mehr eher Ruhe, als bis sämtliche Fragen, auch die der Provinzgrenze (Reg.-Bezirk Osnabrück) eine tragbare Lösung gefunden haben.

Lindemanns Vernehmung.

Den Mord in Byfang hat ein Heidger verübt.

)(Köln, 26. Oktober.

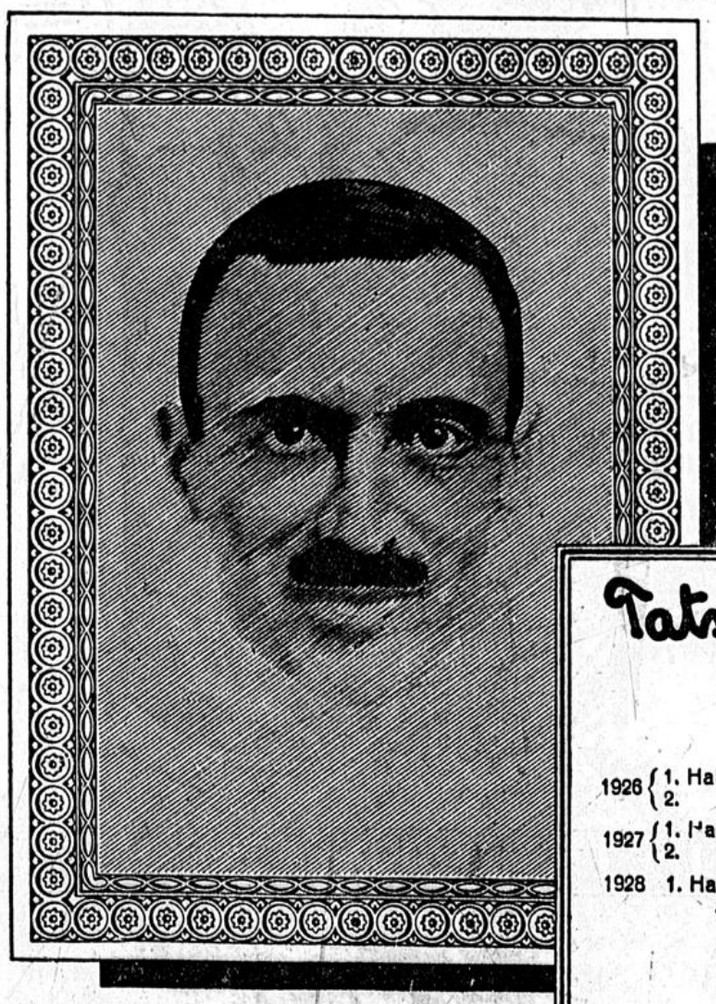
Die Vernehmung des am Samstag in Begleitung der Brüder Heidger verhafteten Lindemann ist von Seiten der Kriminalpolizei im großen und ganzen abgeschlossen. Lindemann sagte u. a. aus: Er sei in der Schule ein Durchschnittsschüler gewesen und das Schreiben falle ihm heute noch schwer. Er habe gerne gelesen, insbesondere Reisebeschreibungen und Karl May. Mit 13 Jahren kam L. aus der Schule, war als Arbeitsjunge in einem Bergwerk beschäftigt und verdiente drei Mark täglich. Mit 14 Jahren kam er zu einem Friseur in die Lehre, doch verließ er die Lehrstelle nach zwei Jahren, da er angeblich an Sonntagen wegen Besuchs des Gottesdienstes zu spät zur Arbeit kam. 1922 ist er Dachdeckerlehrling und lernte 1923 Hans Heidger, das ist der ältere der Brüder, kennen. Der Vater der Heidger war Knappschaftsbeamter und seine Familie hatte zwei Häuser, die neben der Lindemannschen Wohnung in Altenessen lagen. Der jüngere der Brüder Heidger ging damals noch zur Schule. Mit Hans Heidger ging Lindemann Anfang April 1923 auf Wanderschaft, die die beiden Handwerksburschen nach Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg, München und an den Walchensee führte. Dort trennten sie sich. Hans Heidger ging weiter, während Lindemann drei Monate lang in einer Pflanzung beschäftigt war und sich das Geld für die Heimreise ersparte. Auf die Frage, ob damals schon von Lindemann oder Heidger, oder beiden zusammen Verbrechen ausgeübt worden seien, erklärte Lindemann, daß er damals nicht einmal den Mut zum Betteln gehabt habe und sich lieber durchhungerte.

Nach Rückkehr nach Altenessen kam Lindemann kurz vor Weihnachten 1923 wieder mit Hans Heidger zusammen und beide arbeiteten in den verschiedensten Berufen, Heidger zuletzt als Zigarrenreisender. Das ging gut bis ungefähr Weihnachten 1926, wo beide keine Arbeit mehr hatten. Nun gesellte sich auch als Dritter Heinrich Heidger, der jüngere hinzu. Arbeitslosigkeit und Krankheit sollen die drei auf den Gedanken gebracht haben, einmal zusammen eine Sache zu unternehmen, die ihnen ein besseres und sorgloses Leben sichern würde. Die beiden Heidger hatten eine jüngere Schwester, für die Knappschaftsunterstützung gewährt wurde und dieser Umstand brachte auch die drei auf den Gedanken, einen Raub von Knappschaftsgeldern durchzuführen. Es wurde dann ausgekundschaftet, daß in Byfang die Knappschaftsgelder in einer ziemlich alleinstehenden Kneipe ausgezahlt wurden, sodaß der einzelne Beamte, der die Gelder dorthin brachte, leicht überwältigt und ausgeraubt werden konnte. Der Raub wurde mit einem zu diesem Zweck gestohlenen Auto durchgeführt. Es war beschlossen, mit der Waffe vorzugehen, aber nicht zu schießen. Die Rollen waren so verteilt, daß Heinz Heidger chauffierte, Lindemann dem Beamten die Geldtasche entreißen sollte, während Hans ihm die Waffe vor die Brust hielt. Lindemann erklärte, der Beamte sei durch den plötzlichen Ueberfall so erschrocken gewesen, daß er die Tasche selbst habe fallen lassen, die er Lindemann, dann in das Auto genommen habe. Darauf sei ein Schuß gefallen und Hans Heidger habe erklärt, in der Aufregung sei der Schuß losgegangen. Lindemann und die beiden Heidger teilten sich die Beute und es kamen auf jeden 6000 Mark. Die Heidger kauften sich davon einen Personen- und einen Lastkraftwagen, mit dem sie ein Fuhrgeschäft betrieben. Lindemann gab ihnen von seinem Anteil 1000 Mark dazu.

Das war im Juni 1927 und in den folgenden Monaten. Das Fuhrgeschäft der beiden Heidger ging allmählich zurück und verfiel ganz, sodaß sie auf den Gedanken kamen, eine neue Sache zu unternehmen. Im Mai 1928 führten sie dann den Ueberfall auf die Gladbecker Reichsbank aus. Das dazu benutzte Auto wurde eine halbe Stunde vorher in Dortmund gestohlen. Die Ereignisse bei dem Gladbecker Bankraub seien so geschildert worden, wie sie sich zugetragen hätten, nur daß nicht 5 Personen, sondern nur 4 bei dem Ueberfall beteiligt waren. Als Helfer diente den Dreien ein gewisser Hübsche, bei dessen Verhaftung am Tage nach der Tat ein Polizeibeamter bekanntlich erschossen wurde. Die Nacht nach dem Bankraub verbrachten die Heidger und Lindemann in der Wohnung Hübsches. Lindemann ging morgens auf den Bahnhof voraus und traf nach kurzer Zeit mit den Heidgers zusammen, von denen Hans erzählte, er habe eben einen Beamten erschießen müssen, um überhaupt wegzukommen. Die drei begannen dann das unstete Leben, über das wir bereits berichteten. Dreimal wechselten sie den Namen. Lindemann nannte sich Bergmüller und Bergheim, die Heidger Mertens und Sander.

Ueber die Beschaffung der Pässe und Stempel aus dem Polizeipräsidium München berichtet Lindemann, sie seien ohne Papiere vom Staffelsee nach München gekommen und hätten im dortigen Polizeipräsidium auch ihren eigenen Steckbrief gelesen. Hans Heidger habe unter einem unwichtigen Vorwand das

HERMANN SPIERER, TRIEST



Der bedeutendste Orienttabakmann der letzten Dezennien prophezeite uns 1926:

„Die Qualität Ihrer Cigaretten ist so unvergleichlich gut, daß Sie nach meiner Überzeugung in kurzer Zeit große Schwierigkeiten haben werden, den steigenden Bedarf in Ihren Werken zu bewältigen."

Hermann Spierer, ein Sohn des Genfer Arztes Dr. S. Spierer, begann mit 17 Jahren seine Studien als Tabakfachmann im Orient, die durch seine reiche Kenntnis orientalischer Sprachen begünstigt wurden.

26 jährig gründete er in Smyrna die Firma Hermann Spierer & Cie., die mit Filialen in Constantinopel, Cavalla, Saloniki, Volo, Samos und Philippopel sowie zahlreichen Verkaufsfilialen in Europa und Amerika sehr rasch den ersten Rang im Orienttabak-Export erreichte.

Im März 1927 erlag er einer Krankheit, die er sich auf einer Reise im Orient zugezogen hatte. Es ist schwer auszumessen, wieviel die Reemtsma A.-G. diesem bedeutendsten Fachmann der letzten Dezennien zu verdanken hat, denn es waren nicht nur seine fachlichen Leistungen, die der Reemtsma A.-G. die Verarbeitung der wertvollsten Tabake der Welt ermöglichten, sondern vor allen Dingen der seltene Adel an Gesinnung und tätigem Altruismus, der eine absolute Sicherheit der freundschaftlichen Beziehungen gab und damit ein wichtiger Eckpfeiler für den Aufbau des gewaltigen Werkes der Reemtsma A.-G. wurde.

Tatsächlich stieg der Umsatz wie folgt:

1926 1. Halbjahr
1926 2. „
1927 1. Halbjahr
1927 2. „
1928 1. Halbjahr

Das Zeugnis dieser unvergleichlichen Qualitätsmischung ist die

CIGARETTE REEMTSMA

OVA

im Arnauer Format

5 Pf.

Paßbüro dort aufgesucht und die Ortsverhältnisse ausgekundschaftet. In der gleichen Nacht seien sie in das im Parterre befindliche Paßbüro eingestiegen und hätten Blancoformulare, zehn bereits fertig ausgestellte Pässe und die Stempel gestohlen. Von den Pässen selbst sei kein Gebrauch gemacht worden, da nirgends eine Notwendigkeit dazu vorlag. Sie wären übrigens damit auch aufgefallen, da das Paßbild nur eingeklebt und nicht mit einer Oese eingeheftet war.

Lindemann macht den Eindruck eines reuigen Sünders, bezeichnet sich als ein Opfer des Leichtsinnes und erklärt, froh zu sein, daß er festgenommen wurde und seine Taten sühnen kann. Nach seinen glaubwürdigen Aussagen, soweit sie bis jetzt protokolliert sind, ist er im allgemeinen als Verführter anzusehen, der sich insbesondere bei Schießereien nicht aktiv beteiligt hat. Lindemann hat auch bei seiner Festnahme, entgegen den anderen Darstellungen keinen einzigen Schuß abgegeben.

*

Oberwachtmeister Maiboom gestorben

)(**Köln**, 26. Oktober.

Oberwachtmeister Maiboom, der bei dem heftigen Kampf um die Verhaftung des Verbrechers Heidger durch einen Schuß schwer verwundet wurde, ist gestern abend 9,30 Uhr im Marien-Hospital seiner schweren Verletzung erlegen. Die Kugel war durch das Auge in den Hinterkopf gedrungen. Der Beamte war erst 21 Jahre alt und war Offiziersanwärter.

Handel und Industrie.

Berliner Börse.

)(**Berlin**, 26. Okt. Nachdem Gerüchte über Insolvenzen, die an der gestrigen Nachbörse Verbreitung gefunden hatten, sich nicht bestätigten, war man im heutigen Vormittagsverkehr eher zuversichtlicher gestimmt. Die Nachrichten, die für die heutige Börse vorlagen, fanden allerdings verschiedenartige Beurteilung Man beschäftigte sich mit der Lloyd-Transaktion, den Reformierungsplänen für das Börsengeschäft, die durch einen Artikel der Morgenpresse zur Diskussion gestellt waren, dem Dementi über die erhoffte Kapitalerhöhung bei Schade, der Stützungsaktion für die Züricher Bankfirma Escher, Freiß & Co. und dem heutigen Reichsbankausweis für die dritte Oktoberwoche. Obwohl dieser mit einer Wechsel- und Lombardentlastung um 182 Millionen, einen Rückfluß an Noten um 259 Millionen und einer um 4 bis 5 Proz. gebesserten Deckung als günstig anzusprechen ist, machte er keinen Eindruck. Entgegen den Erwartungen des Vormittagsverkehrs eröffnete die Börse meist etwas schwächer, aber im Grunde doch widerstandsfähiger als sie gestern mittag schloß. Einigen Verkaufsorders, die aus der Provinz eingetroffen waren, standen limitierte Kaufaufträge gegenüber. Gegen die letzten offiziellen Notierungen ergaben sich durchschnittlich ein- bis zweiprozentige Abschwächungen. Berger, Schlesisch Portland Zement, Glanzstoff, Schultheiß, Tietz und Schade-Aktien waren um drei bis fünf Prozent gedrückt. Durch feste Haltung fielen Thörls Oel auf. Im Verlauf wurde es auf Deckungen der Spekulation allgemein etwas fester. Auf die Meldung eines Mittagsblattes, daß die meisten Brauereien in diesem Sommer besseren Bierabsatz gehabt hätten, als im Vorjahre, entwickelte sich am Schultheiß-Markt lebhafteres Geschäft. Später wurde es aber, vom Elektromarkt ausgehend, an dem sich plötzlich in A. E. G. stärkeres Angebot geltend machte, wieder schwächer und die im Verlaufe erzielten Gewinne gingen zumeist verloren. Anleihen zur Schwäche neigend, Ausländer ruhig und im allgemeinen gehalten. Nur Bosnier bis ¾ Proz. niedriger. Pfandbriefmarkt sehr uneinheitlich, in der Grundstimmung aber eher schwächer. Devisen bei wenig veränderten Kursen ohne größeres Geschäft. Paris und Holland befestigt. Yen weiter fest. Der Geldmarkt zeigte ein weiter leichtes Aussehen. Die Sätze änderten sich gegen gestern nicht.

*

Märkte.

Osnabrücker Schlachtviehmarkt.

)(**Osnabrück**, 25. Okt. Am heutigen Schlachtviehmarkt standen zum Verkauf: 50 Stück Großvieh, 95 Kälber, 407 Schweine. Die Preise verstehen sich für 1 Pfd. in Pfennig. Bullen: a) 42—45, b) 38—41; Kühe: a) 41—44, b) 35—40, c) 30—34; Kälber: a) 80—83, b) 70—79, c) 58—69; Schweine: a) 71, b) 69—70, c) 67 bis 68, b) 65—66, e) Sauen 58—66. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber gut, Schweine mittel. Die vorstehenden Preise sind Marktpreise am Osnabrücker Schlachtviehmarkt und sind nicht mit Stallpreisen zu verwechseln. Nächster Markt am 30 Oktober.

Hamburger Schweinemarkt.

!! **Hamburg**, 26. Okt. Auftrieb 4133 Stück. Die Preise verstehen sich per ½ kg Lebendgewicht in Reichsmark. Beste Fettschweine 80, mittelschwere Ware 74—77, gute leichte Mittelware 72—73, geringe Ware 62—69, Sauen 63—68. Handel mäßig rege, ausgesuchte beste Fettschweine über Notiz.

Berliner Schlachtviehmarkt.

:: **Berlin**, 26. Okt. Auftrieb: Ochsen 1052, Bullen 452, Kühe und Färsen 1146, Kälber 1750, Schafe 4275, Schweine 10 322, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 1495, Auslandschweine 902 Stück. Bezahlt wurden für 50 kg Lebendgewicht. Ochsen: a) 50—52, b) 47—48, c) 42—46, d) bis 40; Bullen: a) 52—54, b) 48—51, c) 42—46, d) bis 40; Kühe: a) 40—43, b) 32—38, c) 24 bis 28, d) 17—20; Färsen: a) 47—50, b) 43—46, c) 36—40; Fresser: a) 33—43; Kälber: a) 78—88, b) 60—76, c) 36—55; Schafe: a) 60—66, b) 68—70, c) 62—66, b) 44 bis 50, e) 40—45, f) 28—38; Schweine: a) 83, b) 80—82, c) 76—80, d) 72—76, e) 68—71, f) Sauen 68—72. Marktverlauf: Bei allen Gattungen ruhig, gute Kälber gesucht.

Amtl. Produktionsnotierungen in Berlin am 26. Oktober 1928.

(Für Getreide in 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg)

	26. 10.	25. 10
Weizen märk	210—13	210—13
Oktober	—	—
Dezember	229½—30	227—29½
März	239½	233½—34½
Mai	241½—42	240—40½
Tendenz	fester	befestigt
Roggen märk	203—206	203—206
Oktober	215	216
Dezember	222½—23	221—21½
März	230¼	2 9—30
Mai	235½	234½—35½
Tendenz	fester	stetig
Gerste.		
Braugerste	231—251	231—51
Futtergerste	202—212	202—12
Winterg.	—	—
Tendenz	ruhig	ruhig
Hafer märk	201—210	201—210
Oktober	—	—
Dezember	216¾	—
März	—	225—26
Mai	238	235—236
Tendenz	fes.er	fester
Mais Waggon frei ab Hamburg	220—222	218—220
Tendenz	fest	fest

	26. 10	25. 10
Weizenmehl	29½—29¾	29½—29¾
Tendenz	behauptet	ruhig
Roggenmehl	26.15/2 .15	26.15/29.15
Tendenz	behauptet	ruhig
Weizenkleie	15—15,1	15—15½
Tendenz	stetig	behauptet
Roggenkleie	15.1—15.4	15½—15¾
Tendenz	stetig	behauptet
Raps	330 40	—
Tendenz	stetig	—
Leinsaat	—	—
Tendenz		
Viktoriaerbs.	45—54	45—54
kl. Speiseerbs	—	—
Futtererbsen	—	—
Peluschken	—	—
Ackerbohnen	—	—
Wicken	—	—
Lupinen blaue	—	—
gelbe	—	—
Seradella alt	—	—
neu	—	—
Rapskuchen	19.8—20.	19.8—20.
Leinkuchen	24.5—24.8	24.5—24.8
Trockenschn	14.2—14.5	14.2—14.6
Soyaschrot	21.8—22.4	21.7—22.4
Torfmelasse	—	—
Kartoffelflock	19.1—19.6	19.1—19.6

Bremen Baumwolle

	25. 10. Brief	25. 10. Geld	25. 10. bezahlt	26. 10. Brief	26. 10. Geld	26. 10. bezahlt
loco	21.39			21.21		
Oktober	20.33	20.28	—		—	
Dezember	20.31	20.29	—	20.08	20.01	20.10
Januar	20.36	20.31	20.35	20.13	20.10	20.12
März	20.40	20.39	20.39	20.21	20.13	20.20
Mai	20.37	20.35	20.37	20.21	20.21	20.21
Juli	20.34	20.32	20.34	20.17	20.16	20.18

Tendenz stetig

Liverpool Ostindische Baumwolle

	25. 10.	26. 10.
loco F. G. Surtee	9.75	9.65
- F. G. Broach	8.75	8.65
- F. G. Nr. 1 Oomra	7.70	7.65
- F. G. Americ. Sind Punjab	9.40	9.30
- F. G. Bengal	7.25	7.15
- F. G. Sind	7.25	7.15
- F. G. Tinnivelly	—	—

Liverpool Baumwolle

	25. 10.	26. 10.		25. 10.	26. 10.
loco	10.6	10.51	April	10.16	10.02
Oktober	10.11	10.13	Mai	10.17	10.03
November	10.10	10.12	Juni	10.13	9.98
Dezember	10.20	10.02	Juli	10.12	9.97
Januar	10.13	10.02	August	10.12	9.88
Februar	10.17	10.12	September	9.84	9.79
März	10.18	10.03	Oktober	10.31	10.13

Tendenz kaum stetig

	25. 10.	26. 10.
Tagesimport	—	—
Tageslocoverkäufe	5000	5000
Exportverkäufe	100	100
Egypt. Upper F. G. fair loco	12.45	12.40

New-York Baumwolle

	26. 10.	25. 10.		26. 10.	25. 10.
loco	19.40	19.55	April	19.03	19.22
Oktober	—		Mai	18.94	19.01	19.18
November	19.02	19.22	Juni	19.01	19.19
Dezember	19.12—13	19.31—34	Juli	18.84	19.03
Januar	19.07—09	19.29—33	August	—	—
Februar	19.07	19.29	September	—	—
März	19.07—09	19.27—28	Tendenz	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	16000
- in Golf-Häfen	20000
Export nach England	1000
Export nach dem Kontinent	11000
Zufuhren im Innern	9000
Fracht nach Liverpool	45
- für Standard	60
Export nach Japan und China	27000

Chicagoer Baumwollnotierungen

	25. 10.	26. 10.		25. 10.	26. 10.
Dezember	18.86—87	18 65 66	Januar	18. 8	18.67

HAIN PIANO

FLÜGEL PIANOS

WIR FABRIZIEREN, VERKAUFEN SELBST

FERRASCH, NIEDR. PREISE u. BEDINGUNG. VERLANGEN SIE PROSPEKT 52

Verkaufsstelle DORTMUND Westenhellweg 64

ES WIRD KALT

und Sie verlangen nach einem warmen, gefütterten Mantel, der Sie vor den Unbilden der Witterung schützt.



Moderner Mantel 39.50
zweckmäßig in Form u. Farbe Mark

Vornehm. Paletot 55.00
solide Qualität, gediegene Verarbeitung . . . . . Mark

Flotter Ulster 69.00
elegante Form, moderne Musterung, ansprechende Verarbeitung mit Steppfutter . Mark

Praktische kurze Sportstutzer
sowie
warm gefütterte Lodenjoppen
stets preiswert
in großer Auswahl lagernd.

VON uns GEKLEIDET ★ VON ALLEN BENEIDET

MITGLIED DES VERBANDES DEUTSCHER SPEZIALGESCHÄFTE FÜR HERREN- U. KNABEN-KLEIDUNG

Seelage

MÜNSTER (WESTF.) LUDGERIESTR. 77-78.

VON uns GEKLEIDET ★ VON ALLEN BENEIDET

Rheder Vo

Kreisblatt des
Stadtkreises Boch

Amtlicher Anzeig
des Landratsamte
von Bürgermeist
ämtern und Ämte
des Kreises Borke

Organ
der Zentrumspart

Nummer

Belgien un Dawe

Von unserem

Man findet in de darüber, daß die be gegen eine Rev mens erhebt und da Frankreichs und Eng abdrängen lassen wi tionszahlungsplans b mindestens eben hält wie nach dem dieser Aufregung ist Belgiens erstaunt Belgiens zu Deutschla hat, ist ja klar, daß finanzielle Differenz über die der Versaille enthält Jeder weiß handlungen zwischen nicht auszugleichen Streit währt, wird finanziellem Gebiet e liche Haltung be ob die dauernde Nich im Interesse Deutsch heute auch nur als T England oder Frankr seinem Geldbeutel du nismäßig hohen viel höher ist als die männen usw. gezahlte behandelt wird als a Exporteur, der nach werpen Ware verschif

Man wird mit Be Verhältnis kommen, einmal sehr ernsthaft sprüche zu prüfen U streiten Aber in di die Belgier zu einer lich hat die deutsche durch Vermittlung der Milliarden Pap Papiergeld ist von de letzten Tage der Beset verließ damals Belgie Kurse von 1 Franc genommen worden kurs und lag natürl kehrs Als König Al zurückkehrte, wurde er teien des Landes — der sozialistischen — jener berühmte „Pakt hält: Einführung des rechts, Flamisierung lösung der Besetzungs Kurse von 1 Franc, 2 der allerwichtig Bevölkerung Die Re Einlösungsgeschäft und liarden deutsches Pap Belgien hereinbrechend mäßig das belgische unvermeidlich, daß die bern ausgenutzt wurde deutschen Behörden in stens vier Milli wurden der Brüsseler Einlösung präsentiert daraus, daß aus b Waggons des wei Franc 25 Centimes geströmt waren Die welche die Lösung der sich wird man den An welcher die Papierma Zwangskurs emitiert Man kann dann wohl den Kurs streiten. Wenn jemals eine Fr den Parteien ernannte vom Haager Weltschied so ist es wohl diese T in dieser Richtung no haben und von den B langen, daß sie das sprechen, denn sie hab Rechtsstandpunkt verbi derungen, die finanzie besten Willen Deutschl Frankreichs und Engl kommen in der Dawes Situation herbeiführen gischen Differenz durch wendig macht, weil m welches diese verhältn der großen Sache nicht Sache aber vorwärts lands.